

Der Proletarier.

Organ des Verbandes der Fabrik-, Land-, Hilfsarbeiter und Arbeiterinnen Deutschlands.

№ 25.

Diese Zeitung erscheint alle vierzehn Tage Sonnabends. Preis pro Quartal durch die Post bezogen 65 Pf. Eingetragene in die Postzeitungsliste Nr. 6175.

Hannover,
Sonnabend, 16. Dezember 1899.

Inserate kosten pro 3gespaltene Zeile oder deren Raum 15 Pf. Offertenannahme 10 Pf. Redaktion: Leinstr. 31. Verlag: Goseriede 9A.

8. Jahrg.

Aufhebung des Verbindungsverbots.

Der Reichskanzler wird nun doch sein Versprechen, das er bei der Verathung des Bürgerlichen Gesetzbuchs gegeben hat, halten. Das Verbot des Inverbindungtretens politischer Vereine soll nunmehr durch Reichsgesetz für das ganze Reichsgebiet aufgehoben werden.

Am 6. Dezember stand im Reichstag ein schon früher angenommener Antrag der nationalliberalen Fraktion zur Verhandlung, nach welchem inländische Vereine jeder Art miteinander in Verbindung treten können und entgegenstehende landesgesetzliche Bestimmungen aufgehoben sind. Vor Eintritt in die Verhandlung über den Antrag gab der Reichskanzler folgende Erklärung ab:

„Ich glaube zur Abkürzung der Debatte beizutragen, wenn ich gleich zu Beginn das Wort ergreife. Es ist in diesem Hause wiederholt auf die von mir am 27. Juni 1896 abgegebene Erklärung Bezug genommen worden, in der ich bei Gelegenheit der Verathung des Bürgerlichen Gesetzbuchs bezüglich der Aufnahme einer Bestimmung in das Bürgerliche Gesetzbuch auf Aufhebung des Verbindungsverbots der Meinung Ausdruck gegeben habe, daß es gelingen werde, die Beseitigung des durch das Verbindungsverbot geschaffenen Rechtszustandes auf dem Wege der einzelstaatlichen Gesetzgebung noch vor dem Zeitpunkt herbeizuführen, bis zu welchem das Bürgerliche Gesetzbuch in Kraft tritt.“

In Folge dieser Erklärung ist in mehreren Einzelstaaten die Beseitigung des Verbindungsverbots durch die Landesgesetzgebung vollzogen worden. Auch die preussische Regierung hat, wie Ihnen bekannt, dem Landtage einen entsprechenden Gesetzentwurf zugehen lassen, doch hat dieser leider die Zustimmung des preussischen Landtages nicht gefunden. Es ist hier nicht der Ort, die Frage zu erörtern, was zu diesem Ergebnis geführt hat. Wir stehen vor der Thatsache, hier der Regelung der Frage näher zu treten, und durch die Reichsgesetzgebung eine Lösung herbeizuführen. Ich bin nunmehr in der Lage, namens der verbündeten Regierungen zu erklären, daß sie einem Beschlusse des Reichstages, welcher, wie der Antrag Bassermann will, die Aufhebung des Verbindungsverbots für inländische Vereine ausspricht, ihre Zustimmung erteilen werden. Damit werden die verbündeten Regierungen der Erwartung gerecht, die in meiner Erklärung vom 27. Juni 1896 dem Reichstage gegenüber ausgesprochen worden war.“

Damit würde endlich ein Theil des § 8 des preussischen Vereinsgesetzes fallen. Nach wie vor aber bleiben die weiteren beschränkenden Bestimmungen dieses Paragraphen bestehen. Zimmerlin aber ein kleiner Fortschritt. Herr v. Boetticher wird nun als Oberpräsident von Sachsen wohl seine Anweisung an die Behörden, durch geschickte Ueberwachung unsere Organisation zu einem politischen Verein zu machen, zurücknehmen müssen, wenigstens insoweit, als damit die Auflösung von „Nebenstellen“ wegen Inverbindungtretens mit Vereinen gleicher Art herbeizuführen beabsichtigt war. Da der nationalliberale Antrag ohne nennenswerthe Debatte sofort in erster und zweiter Lesung und in der Sitzung vom 7. Dezember auch in dritter Lesung angenommen wurde, so wird der Bundesrath seinen Entscheid bald treffen können. Voraussetzlich wird mit dem 1. Januar die Bestimmung im preussischen Vereinsgesetz fallen, die fortgesetzt den Behörden eine Handhabe zur Verfolgung der Gewerkschaften geboten hat. Jetzt gilt es, mit erneuter Kraft und durch Stärkung der Organisationen auch die weiteren reaktionären Bestimmungen der Vereinsgesetze zu Falle zu bringen.

Zuchthausvorlage durch — Polizei- verfügung.

Polizei und Kammergericht haben die Regierung gereizt!

In einer kürzlich stattgefundenen Sitzung des Kammergerichts ist die Revision eines Arbeiters, der Streikposten gestanden und deswegen vom Landgericht zu 10 Mt. verurtheilt worden war, zurückgewiesen worden. Damit ist von höchster Gerichtsstelle anerkannt, daß die Polizei das Recht habe, ruhig einhergehenden Bürgern bestimmte Theile der Stadt als Zuchthausmittel zu entziehen, bloß weil sie annimmt oder anzunehmen vorgiebt, die öffentliche Ordnung könne gefährdet werden. Es ist natürlich in das freie Ermessen der Behörde gestellt, ob sie bei irgendwelchen Gelegenheiten „Störung der Ordnung“ befürchtet oder nicht. So werden regelmäßig wiederkehrend bei höfischen Festen, Paraden, patriotischem

Klimbin ganze Straßenzüge und zwar die verkehrsreichsten der Hauptstadt häufig für viele Stunden gesperrt, wodurch der Verkehr in den umliegenden Stadtvierteln geradezu lebensgefährlich wird — macht nichts, eine Störung wird darin nicht gefunden.

Hier geht ein einzelner Arbeiter auf und ab im Interesse seiner für Besserung ihrer Lage kämpfenden Kollegen, und schon dadurch soll die Ordnung gefährdet sein. Das Streikpostenstehen ist für die Arbeiter unerträglich. Bei Ausbruch eines Streiks sucht das Unternehmertum in der Regel Streikbrecher aus den entferntesten Winkeln heranzuziehen, aus Gegeuden, in welche die Kunde über die wirtschaftlichen Kämpfe entweder gar nicht oder doch nur langsam dringt. Die Unternehmer lassen es sich ein gut Stück Geld kosten, Leute heranzuziehen, von denen sie annehmen, daß sie gemillt sind, Streikarbeit zu verrichten.

Aber es giebt fast keine Arbeiter mehr in Deutschland, die nicht wenigstens theilweise die Nothwendigkeit begriffen hätten, daß sie mit ihren Klassengenossen solidarisch handeln müssen. Für viele von den durch die Versprechungen der Unternehmer herbeigelockten Arbeiter genügt schon die Infamiebestimmung von der Lage der Dinge, um sie zur Abreise zu bewegen; sie waren gar nicht in der Absicht gekommen, ihren Arbeitsbrüdern in den Rücken zu fallen, sie wußten nichts vom Streik. Sie davon zu unterrichten, ist Sache der Streikposten. Das Recht des Streikpostenstehens ist denn auch in allen fortgeschrittenen Ländern ausdrücklich anerkannt, so in dem englischen „Conspiracy and Property Act“. Aber auch das deutsche Gesetz verbietet wenigstens nicht das Streikpostenstehen, unter Strafe steht nur die Anwendung von Zwang, Drohung und Gewalt.

Was aber das Gesetz nicht verbietet und was die Scharfmacher und Herr v. Hofadowsky vergeblich erstrebt haben, das macht — die Polizei. Die Polizei nimmt an, die Ruhe könnte gefährdet werden, nicht, weil der Streikposten zu Gewaltthatigkeiten greift, sondern es bei dem Zusammentreffen mit Arbeitswilligen dazu kommen könnte. Kommen können kann es aber in Berlin zu Schlägereien zu jeder Zeit und an jedem Ort, z. B. auch in den die ganze Nacht geöffneten „Cylinderdestillen“. Wenn die Polizei logisch sein will, muß sie auch den Arbeitswilligen den Verkehr in dem betreffenden Stadttheil verbieten, denn durch ihr Zusammentreffen mit Streikenden kann es zu Ordnungsstörungen kommen.

Die Unternehmer können frohlocken, sie haben ohne Zuchthausgesetz erreicht, was sie wünschen, dank der Polizei und — dem Kammergericht.

Diese höchste gerichtliche Entscheidung beweist, wie nothwendig die Anträge der sozialdemokratischen Fraktion zur Sicherung der Koalitionsfreiheit sind, und wie weit entfernt, übermäßig radikal zu sein, könnten sie eher noch verschärft werden, um das neben dem Wahlrecht werthvollste Recht der Arbeiter auch gegen alle Angriffe einer strafeiferen Polizei und auslegungseiferiger Gerichte zu bewahren.

Inhalt.

Im Auftrage des Vorstandes des Bundes Anhalt unternahm der Kollege August Brey eine Agitationstour, die sich auf fast alle Verbandsorte des Herzogthumes erstreckte und mit einer am 2. Dezember in Zerbst stattfindenden Versammlung begann. Diese Versammlung war von ca. 250 Personen besucht. Soweit zu ermitteln war, ließen sich 6 Personen in die Organisation aufnehmen. Die Versammlung hätte wohl ein besseres Resultat zeitigen können, wenn sich nicht unmittelbar an das Referat eine in alle Einzelheiten eingehende Debatte über den Streik der bei Fiedeler beschäftigt gewesenen Stammacher geknüpft hätte. Durch die Auseinandersetzungen, die durch das Eingreifen eines Gewerkschafters sich zu einer Debatte über die Form der Organisation zuspitzten, wurde die Wirkung des Referates abgeschwächt und das Interesse der anwesenden Indifferenten von der Ausnahme abgelenkt. Interessant aus der Debatte ist, daß der Vorsitzende des in Frage kommenden Ortsvereins, trotzdem die Ortsversammlung den Streik für berechtigt erklärt hat, gleichwohl arbeitswillig dem Herrn Fiedeler zur Verfügung steht. „So man das sieht am grünen Holz, was soll am dünnen werden?“ Wenn die berufenen, unentwegten Bannerträger der Gewerkschaftsidee die Interessen der Arbeiter so wie Figura zeigt wahren, was sollen dann die weniger „aufgeklärten Mitglieder“ thun? Diese Frage ist von unseren im Hirsch-Dunderschen Fabrik- und Gendarbeiterverband organisierten Kollegen sehr ernsthaft zu unter-

suchen. Und wer von Letzteren in den Organisationen nicht nur lediglich Unterstützungsvereine, sondern auch Kampfvereine zur Erreichung besserer Lohn- und Arbeitsbedingungen sieht, kann die Frage nur mit Uebertritt in unsere Organisation beantworten.

Den folgenden Sonntag Nachmittag um 3 Uhr tagte eine Versammlung in Coswig, einem Ort, der an ca. 500 Lohnarbeiter, beschäftigt in Industrie und Landwirtschaft, aufweist. Auch ein Landesgefängniß, genannt „das raube Haus“, ist an Orte, seine Insassen machen den Arbeitern und Arbeiterinnen eine recht scharfe Konkurrenz. Man giebt sie ab an industrielle Unternehmer und an Landwirthe. Die Löhne sind infolge dieser besonderen lokalen Einflüsse denn auch nicht hoch. Sprachen wir doch einen Arbeiter, dessen Verdienst 8 Mark — acht Mark — beträgt. Der Verdienst der Arbeiter läßt im Allgemeinen sehr viel zu wünschen übrig. Dem Tiefstand des Einkommens steht gleich das Ansehen, dessen sich die Arbeiter am Orte zu erfreuen haben und das darin seinen Ausdruck findet, daß man ihnen ein Lokal zur Verathung ihrer wirtschaftlichen und politischen Angelegenheiten verweigert. Unsere Versammlung tagte in einer Gaststube. Der Besuch war der Zahl der ortsanfässigen Arbeiter nicht entsprechend. Die Anwesenden dürften wohl alle organisiert gewesen sein, waren es doch nur dreißig an Zahl. Ob das Resultat der Versammlung zu dem Hoffzuge etlicher Ausnahmen geführt hat, konnte der Referent nicht feststellen, weil er vor deren Schluß nach Koblau fahren mußte, wo für Abends 8 Uhr eine Versammlung einberufen war.

In Koblau war der den Arbeitern zur Verfügung stehende Saal durch einen eine Feier veranstaltenden Verein besetzt. Der Versammlung stand ein kleines Sälchen zur Verfügung. Dieses war bis auf den letzten Platz besetzt. Von den 70 anwesenden Personen wurden jene, welche der Organisation noch nicht angehörten, bis auf die Halsstarrigsten, deren einer erst seine Frau fragen, der andere „es sich noch einmal überlegen“ wollte, für die Organisation gewonnen.

Am folgenden Tage, Montag, ging es nach dem 3000 Seelen zählenden Städtchen Maguhn. In der etwa fünfzig Personen zählenden Versammlung befanden sich auch einige Frauen. Bei Beginn des Referates verlangte einer der überwachenden Beamten die Entfernung der Frauen. Alle Berufungen und Einwendungen halfen nichts, der Beamte beharrte „auf seinem Schein“, will sagen: seiner Verfügung. Um die Auflösung der Versammlung zu verhindern, entfernten sich die Frauen und die Versammlung konnte beginnen. An diesem Orte war weniger zu rechnen auf die Gewinnung neuer Mitglieder, vielmehr galt es die dem Verbands bereits als Mitglieder gewonnenen Personen in ihrer Ueberzeugung zu festigen und sie zu fernerer Ausdauer in dem hier für uns so schwierigem Kampfe zu begeistern. Dieser Zweck wurde auch erreicht.

In Dessau war auf Dienstag, den 5. Dezember, eine Versammlung einberufen und war man auf das Verhalten der Polizeibehörde gegenüber dieser Versammlung gespannt. Die Polizeiverwaltung in Dessau denkt nämlich, daß „politisch Lied ein garstig Lied“ für die Frauen sei, vermuthete hinter dem angeführten Thema die Ueberschrift für höchst schlimme politische Verhandlungen, und wollte die Theilnahme der Frauen nicht dulden. Nach langem Hin und Wider und nachdem zweimal die Versammlung angemeldet worden, ohne daß die Bescheinigung der Anmeldung ausgestellt, damit der „Paß“ für das Tagen der Versammlung gegeben worden wäre, änderte man das Thema in „Zweck und Ziele der Organisation“ und die Bescheinigung erfolgte. Ob aber auch den Frauen die Theilnahme an der Versammlung nicht verwehrt würde, darüber waren bis zur letzten Stunde Zweifel. Höchst bedenkliche Ahnungen beschlichen ängstliche Gemüther. Man vermuthete einen „kritischen Tag erster Ordnung“. Fabellete doch sogar das „Cöthener Tageblatt“ davon, daß die Sozialdemokraten die Differenzen über die Zulassung der Frauen und Minderjährigen zu einer „gewalt-samen Lösung“ bringen wollten. Aber der Versammlungsabend kam und verlief in „tiefstem Frieden“. Die Dessauerinnen waren in großer Anzahl erschienen, sie hörten ungehindert den Vortrag an. Sie sind auch nicht politisch injiziert worden. Das wäre auch bei dem ursprünglichen Thema nicht geschehen, denn der Vortrag war in seiner Tendenz genau derselbe, nämlich unpolitisch. Von den ca. 300 Erschienenen wurden 12 als Mitglieder gewonnen.

Am folgenden Abend hatten die Kollegen von Jepsch und Umgegend sich zu einer Versammlung eingefunden. Auch in einem Gasthause, dessen Raum von den Erschienenen ausgefüllt wurde. Dasselbe Schauspiel wie in Raguhn: Die Frauen und Kinderjahre raus oder Auflösung. Auch hier der Hinweis auf die Versammlungen in Dessau, Koblau und Zerbst, in denen Frauen den gleichen Vortrag gehört hatten — vergebens. Die Frauen gingen und der Referent begann: „Nachdem die sechs Frauen daran gehindert sind, meine höchst umstürzlerischen Worte“ mit anzuhören, dürfte das Herzogtum in seinen Grundlagen gefestigt dastehen. Eigenthümlich, ich habe gestern Abend in Dessau, an den vorausgegangenen Abenden in Koblau und Zerbst genau so „umstürzlerisch“ gesprochen, als wie ich heute Abend „umstürzlerisch“ — weiter kam der Redner vorläufig nicht, denn der Beamte griff ein. Ob dieser nun hinter dem ironisierenden Sinne des Wörtchens „umstürzlerisch“ die ernsthaft gemeinte Aufforderung zu gewaltam-revolutionären Thaten vermuthete, ob er in den Worten des Referenten, die lediglich Thatfachen feststellten, eine unberechtigte Kritik politischer Maßnahmen erblickte, wer vermag das zu ergründen? In einer Zone, welcher durch Klänge an jenen erinnerte, der auf dem Klafterns-hofe üblich ist, forderte er den Vorsitzenden auf, den Redner zu hindern, „in der Weise zu reden“. Auf den Einwand des Referenten, daß ihn Niemand hindern könne, die in Bezug auf das Versammlungsrecht der Frauen in Anhalt erlebten Thatfachen mitzutheilen, erfolgte die im „schneidigsten Tone“ gemachte Entgegnung des Beamten: „Sie haben sich an das Thema zu halten, das Ihnen vorgeschrieben ist!“ Darauf der Referent: „Sie haben mir kein Thema vorzuschreiben, im übrigen aber mit mir in einem Tone zu reden, wie er unter gebildeten Menschen üblich ist.“ Der Ueberwachende: „Ich habe mit Ihnen gar nichts zu reden, sondern mit dem Vorsitzenden, und wenn Sie sich nicht an das Thema halten oder die Versammlung in eine aufgeregte Stimmung geräth, dann löse ich die Versammlung auf, die Verantwortung übernehme ich!“ Sie sind alt genug, um das wissen zu können!“ Besonders den letzten Satz, soweit er sich auf das Alter bezieht, konnte der Referent unmöglich bezweifeln. Also gab er das Gesprächsduell auf, fang von vorne an, sagte in anderen Worten und Wendungen genau dasselbe, was zu sagen ihm verwehrt werden sollte. Und Anhalt steht noch. Noch einmal gab es ein kurzes Wortgeplänkel, als der Beamte sich während des Referates nach den Personalien des Redners erkundigte und dieser dadurch gestört sich beim Vorsitzenden Ruhe erbat. „Ich rede mit dem Vorsitzenden!“ jagte der Beamte in dem schon gezeichneten Tone. „Ich habe mich an den Vorsitzenden gewandt, damit er für Ruhe sorgt!“ sagte der Referent. Dann erreichte ohne Zwischenfall die Versammlung ohne das „ewig Weibliche“ ihr Ende. Entsprechend dem Besuch und Zusammenkunft der Versammlung — 70 Personen, meist organisiert — war auch die Aufnahme von Mitgliedern.

In Götzen, einem Orte von 22 000 Einwohnern und reich an industriellen Unternehmungen, waren am Donnerstag Abend 100 Personen erschienen. Darunter nahezu 20 Frauen, deren gesetzliches Recht, an einer gewerkschaftlichen Versammlung theilzunehmen, unbenutzt blieb. Aufnahme 7.

In Bernburg tagte am Freitag Abend eine von ca. 200 Personen besuchte Versammlung. In der dem Vortrage folgenden Debatte wurden die Profite, welche die in Bernburg betriebene Solvayfabrik macht, in Vergleich zu den Arbeitsbedingungen gestellt. Der Vergleich fiel zu Ungunsten der letzteren aus. 7 oder 8 Aufnahmen wurden vollzogen.

Der Sonnabend war für eine Versammlung in Alten besimmt, einem Orte, der in Preußen liegt. Auch hier tagte die Versammlung in einem Restaurationssaal, der noch nicht groß genug war, um alle Mitglieder aufzunehmen. Von letzteren sind 70 zu verzeichnen, während das Lokal im Gespitzalle 50 Personen faßt. Viele Mitglieder mögen sich nun gefast haben, das Lokal wird doch überfüllt, denn es waren nur 30 Personen anwesend, welche den Vortrag antraten. Wie meinen doch, daß in solchen und ähnlichen Fällen es nicht absolut notwendig ist, einen Referenten aus weiter Ferne kommen zu lassen. Es dürften sich wohl auch Referenten finden, deren Wohnort in der Nähe ist und welche gern bereit sind, einen Vortrag zu halten.

Am Sonntag, dem letzten Versammlungstage, tagte noch je eine Versammlung in Calbe (Preußen) und in Mühlberg a. S. (Anhalt). Letztere Versammlung war mehlig, die letztere gut besucht. Aufnahmen sind in der ersten Versammlung wenig, in der letzteren gar keine gemacht worden. Ob es zutrifft, daß in Mühlberg nur organisierte Leute anwesend waren — Schiffer, Metallarbeiter, Maurer und unsere Mitglieder, wissen wir nicht.

Hat nun die Versammlungstour, bei der der Referent in 10 Tagen 12 Versammlungen abhalten mußte, befriedigende Erfolge gehabt? Trotz der geringen Aufnahmen ist diese Frage zu bejahen. Bei der Agitation handelt es sich auch darum, die Mitglieder immer und immer wieder von der Nothwendigkeit des wirtschaftlichen Kampfes zu überzeugen und ihr ökonomisches Wissen zu vertiefen. Die Behandlung der Vortragsthemen durch den Referenten hat diesen Zweck verfehlt. Die Arbeitergehören, bei denen organisiert wurde, scheinen bedingt zu sein, erst lange zu erwägen, bevor sie sich entschließen. Manche der unorganisierten Versammlungsbesucher wird erst längere Zeit nach der Versammlung

den Entschluß bei sich reifen lassen, den Beitritt zum Verbands zu vollziehen. Es ist immer anzunehmen, daß auch Versammlungstouren mit geringen Aufnahmen dem Ziele des Verbandes förderlich und dienlich sind, so auch die, über welche vorstehend berichtet worden.

Von der Agitation.

Im Auftrage des Vorstandes des Gau 8 unternahm Unterzeichnete eine Agitationstour, die vom 25. bis einschließlich 30. November währte.

Die erste Versammlung in Waltershausen i. Thür. war von ungefähr 150 Personen besucht, eine kleine Zahl für eine Stadt mit einer so großen Arbeiterbevölkerung, und ein Beweis, daß die dortigen Arbeiter in der Mehrzahl ihre überaus traurige Lebenslage, sowie die Nothwendigkeit der Organisation noch nicht erkannt haben. Zum Theil waren die Versammlungsbesucher Mitglieder anderer Berufs-Organisationen. Aufgenommen wurden 7 Personen. Am Orte hat man Hoffnung, daß der Erfolg, welcher gegenwärtig noch nicht groß, sich nachträglich durch Aufnahmen noch bemerkbar machen wird.

In Götzen war die Versammlung etwas besser besucht, aber auch hier fehlten gerade die Hilfsarbeiter. Gewonnen wurden 9 Mitglieder. Die Kollegen versprochen, so viel in ihren Kräften stehende zu agitieren, damit immer mehr neue Mitglieder gewonnen würden.

Die Versammlung in Ohrdruf war gut besucht und herrschte große Begeisterung. Die Diskussionsreden gaben der Ansicht Ausdruck, daß das von mir Gesagte auch auf die örtlichen Verhältnisse zuträfe. 15 Personen meldeten sich zum Verbands und stießen noch weitere 5 zur Aufnahme aus.

Auch in Stadtilm war ein guter Versammlungsbefuch zu verzeichnen. Hier ließen sich 12 Personen einschreiben, und versicherten mir die Kollegen, daß sich noch mehr entschließen hätten, in der nächsten Mitglieder-Versammlung beizutreten. Hier wie in der ganzen Umgegend steht uns ein großes Arbeitsfeld offen. Die Porzellan- und Spielwaaren-Industrie ist dort zu Hause und werden durchweg schlechte Löhne gezahlt. Die Lebensmittel sind theuer und so herrscht neben der größten Noth und dem Reichthum namenloses Elend. Dort, wo im Sommer die Reichen aller Großstädte sich ein Stelldichein geben, um die Schönheiten des Thüringer Ländchens zu genießen, ist für die Schaffenden Noth und Entbehrung.

In Staßfurt-Schwarzwald konnte die Versammlung leider nicht abgehalten werden, da die Arbeiterschaft meistens in Ohrdruf und Götzen beschäftigt ist und in der Woche nicht zu Hause kommt.

Die Versammlung in Kassei war gut besucht und wurde folgende Resolution angenommen: „Die am 30. November im „Santen Bod“ tagende Versammlung erklärt sich mit den Ausführungen der Referentin einverstanden und verpflichtet, mit aller Energie für den Verband einzutreten und zu agitieren.“ Alle Anwesenden verpflichteten sich, ihrer Organisation beizutreten. Aufgenommen wurden 12 Mitglieder.

So ist auch im Gau 8 ein Schritt nach vorwärts gemacht, dem hoffentlich weitere folgen werden.

Frau E. Tröger, Offenbach a. M.

Soziale Mundschau.

— Ihre Vertrauensperson für die sozialdemokratischen Frauen Deutschlands ist Ottilie Waader, Berlin O., Straußbergerstr. 28, 4 Tr., gewählt. Briefe, Anfragen und sonstige Sendungen sind an diese Adresse zu richten.

Vom sozialen Kampfplatze.

— Der Verein deutscher Formstschreiber hat seine Drohung verwirklicht. Am Sonnabend, den 4. v. M., hat die Aussperrung begonnen. Es sind 103 Verheirathete, welche 160 Kinder zu ernähren haben, und 120 Ledige ausgesperrt. Wenn nun die Herren Formstschreiber glauben, daß die Formstschreiber schon auf Androhung mit Aussperrung zu Kränzen kriechen würden, so werden sie jetzt durch die Thatfachen eines Besseren belehrt sein. Die Aussperrten werden jetzt die Arbeit nicht eher wieder aufnehmen, bis ihre Forderungen vollständig bewilligt sind. Daß die Prinzipale durch ihren Beschluß sich jetzt schon selber züchtigen, zeigt der Umstand, daß einige denselben zu umgehen suchen.

Laut Beschluß sollen die Meister und Aufzeichner nicht mit ausgesperrt werden; einige der Prinzipale versuchten nur, etliche Formstschreiber zu Meistern resp. Aufzeichnern zu machen, um so die dringendste Arbeit fertigstellen zu können. Die Arbeiter wiesen aber in anerkannterwerthem Solidaritätsgefühl ein solches Ansuchen energig zurück. Daß man es nur auf die Vernichtung der Organisation abgesehen hat, geht daraus hervor, daß Unorganisierte von der Aussperrung verschont sind und man versucht, die Arbeiter zum Austritt aus der Organisation zu bewegen, mit der Zustimmung, sie dann weiter beschäftigen zu wollen.

Die Organisation der Formstschreiber hat nun schon drei Wochen lang ca. 100 Streikende ohne jede Hilfe unterstützt, wodurch die Klasse der jungen Organisation erschöpft ist. Sie richtet deshalb an alle organisierten Arbeiter die dringende Bitte, die Aussperrten in diesem aufgedrungenen Kampfe zu unterstützen.

Alle Sendungen sind zu richten an den Zentral-Kassierer L. Kaste, Moritzberg b. Hildesheim, Sandstr. 1.

In Zwickau (Böhmen) sind ca. 3000 Textilarbeiter ausgesperrt worden, weil sie den zehnprozentigen Löhnerhöhung. — Bei den Bergarbeitern Oberschlesiens, die höhere Löhne fordern, ist es nicht ausgeschlossen, daß es demnächst zu einem Streik kommt.

Korrespondenzen.

Dresden. Kürzlich tagten hier drei Versammlungen: am 23. November im „Cambrianus“ zu Dresden, am 29. November im Seehof zu Mügeln und am 30. November im „Deutschen Saal“ zu Pörschappel. Eine vierte für Dresden-A. geplante Versammlung konnte wegen zu schwachen Besuchs leider nicht abgehalten werden. Auch in Dresden-A. und Pörschappel ließ der Besuch viel zu wünschen übrig. Ueberaus zahlreich war dagegen die Versammlung in Mügeln besucht. Darnach wurde dem Besuche unterbrochen, schilderte der Referent Genossenschaftensatzungen, die traurige Lebenslage der Arbeiter, derselben im dringender Weise gegenüberstellend die Verhältnisse und Lebensverhältnisse der oberen Gesellschaftsklassen. Demnächst

er die Lohn- und Arbeitsbedingungen des Proletariats und stellte denselben gegenüber die Schicksale und Arbeitsverhältnisse der höheren Beamten, Bankdirektoren, Pastoren u. s. w. In den Hand eines Budgets bewies er den aufmerksamen Zuhörern, daß ein Arbeiter pro Jahr 1943 Mk. verdienen müsse, um mit Frau und zwei bis drei Kindern menschenwürdig leben zu können. Was der Arbeiter, weniger verdient, was er dadurch verliert an genügender Nahrung, Kleidung und Wohnung, wolle er zu erlangen versuchen mit Hilfe seiner Organisation, der anzugehörten Pflicht jedes Arbeiters und jeder Arbeiterin sei. In der darauf folgenden Debatte schilderte Kollege Naumann seine Erfahrungen bezüglich der Arbeitsverhältnisse von Mügeln und Umgegend. Kollege Pfeiffer schilderte die Lohnforderung der sächsischen Pastoren und deren Interesse an den damaligen Verhandlungsverhandlungen. Kollege Thiemig besprach den Kampf um die Zuchtanstalt und gab seiner Genugthuung über die Ablehnung derselben Ausdruck, und forderte dann auf, als Antwort auf den geheimen Erlaß des Oberpräsidenten v. Bötticher um so zahlreicher dem Verbands beizutreten, und regte die Gründung einer Zuchtanstalt unseres Verbandes für Mügeln und Umgegend an. Dieser Aufforderung wurde auch zahlreich Folge geleistet. 36 Kollegen ließen sich einschreiben. 46 waren in den letzten 5 Wochen eingetreten, so daß die Zuchtanstalt mit 82 Mitgliedern errichtet werden konnte.

Seibitz. Am 30. November tagte unsere Mitglieder-Versammlung, welche dem gestellten Antrage, eine gemeinliche Feier des 10jährigen Bestehens des Verbandes zu veranstalten, zustimmte. Dann brachte der Kollege Schirz die Broschüre über die Geschichte der Hamburger Gewerkschaftsbewegung in empfehlende Erinnerung. Der Bevollmächtigte theilte noch mit, daß die kombinierte Versammlung der Lohn-Kommission gewählt habe und er sie die Mitglieder, bei entstehenden Differenzen nicht sofort die Arbeit nieder zu legen, sondern erst der Lohn-Kommission Mittheilung zu machen, damit ein Versuch, die Zwistigkeiten ohne Arbeitsunterbrechung beizulegen, möglich sei.

Grevesmühlen. In der am 3. Dezember abgehaltenen Mitglieder-Versammlung sprach Kollege Dörfler über: „Die Bestrebungen des Verbandes“. Alsdann beschwerten sich einige Mitglieder über die Entschädigung, welche der 2. Bevollmächtigte für das Raffieren der Beiträge bezieht; diese sei zu hoch. Der 2. Bevollmächtigte führte an, daß ihm das Eintaffiren sehr viel Arbeit und Anstrengung mache. Ein Antrag, die Beiträge nur während der Versammlungen einzutaffiren, wurde bis zur nächsten Versammlung zurückgestellt. Zum Schluß wurde die Haltung eines Gewerkschaftslokales beschlossen.

Halle a. Saale. Die außerordentliche, am 21. November tagende Mitglieder-Versammlung nahm den von den Revisoren gewählten und bestätigten Kostenbericht entgegen. Dem 2. Bevollmächtigten wurde eine Vergütung von 15 Mk. pro Jahr zugestimmt. Als Bevollmächtigte kamen die Kollegen Gräber, Müller und Dilling, und als Revisoren die Kollegen Bennig, Schulze und Koch in Vorschlag. Zum Schluß wurden zwei Hilfskassierer und eine Kommission zum Weihnachtsgewinnigen gewählt.

Kolberg. Unsere letzte Mitglieder-Versammlung war für die Theilnehmer insoweit interessant, als einige wichtige Sachen ihre Erledigung fanden. So wurden unter Anderem die Beamten unserer Sozial-Sterbetafel gewählt; zum Vorsitzenden der Kasse wurde F. Otto, zum Stellvertreter E. Warnemana und zum Revisor E. Lampe gewählt. Wir wünschen, daß die Beihaltung eine recht rege wird. Sodann wurde über den zum 2. Januar folgenden Jahres den Arbeitgeber zu unterbreitenden Lohnnachricht lebhaft debattiert, und wurde beschlossen, denselben bis zur nächsten Mitglieder-Versammlung, die am 10. Dezember tagt, soweit auszuarbeiten, daß er dann der Versammlung vorgelegt werden kann. Nachdem noch über die geleistete Unterstützung an die Genossengelden Abrechnung gegeben worden, beschloß dann die Versammlung einstimmig, den Kollegen Utech als gewähltem zu betrachten und seine Unterstützung beim Vorstande zu beantragen. Zum Schluß wurde ein dritter Hilfskassierer neu gewählt.

München. Am Sonntag, den 4. Dezember, tagte in der „Volkshauserei“ eine öffentliche Versammlung nichtgelernter Arbeiter und Arbeiterinnen. Kollege Hämmer referierte über: „Arbeitschutz und Arbeitstrug“. Redner betonte, daß die Arbeiterschutzgesetze sehr mangelhaft seien, daß dieselben wohl auf dem Papier ständen, vielfach aber von dem Unternehmertum nicht gehalten würden, und wies auf die zahlreichsten Unfälle, speziell im Baugewerbe, hin, in dem bekanntlich München die meisten Unfälle zu verzeichnen hat. Als Redner am Schluß seiner Ausführungen darauf hinwies, daß sich in der Regel die Polizei bei Streiks auf Seite der Unternehmerrstelle, da erblickte der überwachende Beamte in dieser Feststellung ein Staatsverbrechen und forderte den Vorsitzenden auf, dem Referenten das Wort zu entziehen, was auch geschah. Als die Versammlung darauf unruhig wurde, löste Kommissar Wittmann die Versammlung auf, und als erneute Proteste aus den Reihen der Anwesenden ertönten, forderte er die sofortige Räumung des Saales. Gegen das Verhalten des Beamten wird Beschwerde erhoben werden. Wemert sei noch, daß die Versammlung von zwei Beamten überwacht war. — Nachmittags 3 Uhr tagte eine ebenfalls gut besuchte Versammlung im Gasthaus „Zum Englischen Garten“, die auch von zwei Beamten überwacht war. Hieraus dürfte der Schluß gezogen werden, daß nicht nur in Sachsen und Preußen, sondern auch in Bayern im Sinne des bekannten Geheim-Erlasses überwacht wird. Die Münchener Kollegen rechnen es sich zur Ehre an, daß die 1. Polizeidirektion ein so machjames Auge auf unsere Organisation hat und werden jetzt recht der Organisation beitreten und dieselbe weiter ausbauen.

Schiffel. Die deutschen Arbeiter-Organisationen einig und jetzt“ bildeten das Thema eines vom Kollegen B. in der Versammlung am 2. Dezember gehaltenen Vortrages. Unter Punkt 2 nahm die Versammlung einen Antrag der Bevollmächtigten an, welcher eine Statistik über Lohn- und Arbeitsbedingungen und die Wohnverhältnisse am Ort bezweckt. Darauf wurden drei Kollegen als Delegirte zum Gewerkschaftskongress gewählt. Den Schluß bildete eine Beipredung der örtlichen Arbeitsverhältnisse, und waren es vor Allen die Hilfswärter Walzwerke, welche Anlaß zur Kritik boten.

Sterbetafel.

Eugen Gnähle aus Breslau, geboren am 28. Dezember 1851, eingetreten am 13. Oktober 1896 zu Lübeck, gestorben am 2. November.

G. Wernst aus Harburg, geboren am 6. Oktober 1861, eingetreten am 20. Juli 1895, gestorben am 23. November.

Quittung.

Seit dem 29. November gingen folgende Beträge ein: Seibitz 7,10; Mühlheim a. M. 89,50; Crippendorf 100; Dresden 8,15; Gartha 60; Apertau 150; Algenau 10,55; Fürstenthal 16; Götzen 65,70; Ueberach 39,50 Mk.

Für den Streifonds: Mühlheim a. M. 3,20 Mk. Für Jaserate: Rothenburgsort 4,85; Lauterbach 3,30 Mk.

Zur Beschaffung: Kellinghufen 4,98 Mk.

Erlang: Dienstag, den 13. Dezember 1899, Mittag 12 Uhr.

Abrechnung für das 3. Quartal 1899.

Einnahme.

Ausgabe.

Baustellen	Quartal	Eintrittsgeld		Zahl der 15 Pf. Beiträge		Beiträge		Zahl der 7 1/2 Pf. Beiträge		Beiträge		Extra-Beiträge		Sonstige Einnahmen		Zurückbehalten v. vor. Quartal		Gesamte Einnahmen		Abgeschickt an die Verbandskasse		Hilfeunterstützung		Totalausgaben		In den Baustellen zurückbehalten		Gesamte Ausgaben		Zahl der Beiträge		Zahl der Mitglieder		5%		Bilanz			
		M.	Pf.	M.	Pf.	M.	Pf.	M.	Pf.	M.	Pf.	M.	Pf.	M.	Pf.	M.	Pf.	M.	Pf.	M.	Pf.	M.	Pf.	M.	Pf.	M.	Pf.	M.	Pf.	M.	Pf.	M.	Pf.	M.	Pf.				
Alfeld	3.	2	20	309	46	35	60	4	50	3	30							56	35	36	71	2	70	16	44			56	35	369	24	4	1	69	1				
Aken	3.	1	20	517	77	55	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	81	45	55	60	—	—	—	—	—	—	81	45	517	66	4	2	58	2				
Altenburg	3.	—	20	1456	218	40	82	2	40	11	60							283	60	173	—	2	—	58	8	—	52	233	60	1488	118	—	2	7	36	5			
Altenplan	3.	—	40	114	17	10	—	—	—	—	—							18	60	18	—	—	—	—	—	—	—	18	60	125	10	—	—	6	10	14	7		
Altona-Ottensen	3.	6	—	2839	425	85	926	69	45	27	20							529	10	346	94	7	80	174	36	—	—	529	10	3771	212	79	—	6	91	14			
Alt-Damm	3.	—	—	122	18	30	—	—	—	—	—							54	55	12	20	—	—	—	—	—	—	54	55	122	8	—	—	6	45	14	3		
Apentade	3.	5	80	1290	193	50	—	—	—	—	—							219	85	117	30	—	—	49	55	36	95	219	85	1290	—	—	—	3	35	10			
Aßerleben	3.	10	7	718	107	70	107	8	2	4	50							126	22	87	92	4	—	18	60	—	—	126	22	825	67	15	5	3	49	10			
Burgberg	3.	7	40	670	100	50	56	4	20	3	70							126	9	76	34	4	56	29	32	—	—	126	9	726	95	5	4	1	56	9			
Burgdorf	2.	—	60	287	43	5	52	3	90	—	—							69	32	29	50	3	—	—	—	—	32	82	69	32	339	23	—	—	1	37	3		
Dr. Ammensleben	3.	—	—	74	11	10	—	—	—	—	—							14	60	7	50	—	—	—	—	—	—	14	60	74	—	—	—	—	—	54	3		
Arnstadt	3.	1	20	109	16	35	—	—	—	—	—							20	10	13	—	—	—	—	—	—	—	20	10	109	13	—	—	1	26	3	8		
Altgaldensleben	3.	1	80	249	37	35	8	—	—	—	—							43	25	30	60	—	—	12	65	—	—	43	25	257	16	—	—	1	77	3	9		
Arnsdorf	3.	1	40	155	23	25	—	—	—	—	—							38	90	13	90	—	—	—	—	—	—	38	90	153	—	—	—	—	—	77	9		
Barmbed	3.	6	40	7605	1140	75	2822	211	65	72	80							1431	60	980	80	—	—	450	80	—	—	1431	60	10427	633	205	—	45	8	14	14		
Baumstedt	2.	—	20	229	34	35	36	2	70	—	—							45	25	32	10	—	—	8	80	—	—	45	25	265	19	—	—	1	23	14	7		
Bergeborf	3.	13	—	6308	946	20	646	43	45	44	30							1057	95	720	83	3	57	333	55	—	—	1057	95	7015	650	71	—	33	78	14	7		
Berlin	3.	3	80	1484	232	60	60	4	50	6	60							467	53	153	80	8	—	230	43	—	—	467	53	1544	139	6	—	3	95	12	7		
Biebrich	2.	4	60	813	121	95	—	—	—	—	—							165	80	84	94	2	—	37	75	—	—	165	80	827	—	—	—	3	95	12	7		
Bielefeld	3.	4	40	134	20	10	8	—	—	—	—							20	70	8	90	4	90	6	90	—	—	20	70	142	62	—	—	1	65	13	5		
Bitterfeld	3.	4	40	1443	216	45	48	3	60	13	4							237	45	147	80	1	80	77	85	—	—	237	45	1491	136	4	—	2	33	5	2		
Blankenburg	2.	5	20	854	128	10	—	—	—	—	—							150	65	95	20	—	—	42	70	—	—	150	65	854	79	—	—	1	16	14	2		
Borbis	3.	—	—	217	32	55	54	4	5	1	20							13	49	52	49	25	—	1	50	—	—	12	60	13	39	—	—	—	—	1	16	14	2
Braunschweig	3.	19	—	4107	616	5	502	37	65	25	10							698	70	464	58	15	92	218	20	—	—	698	70	4618	367	63	—	21	82	12	2		
Bürgel	3.	2	40	490	73	50	46	3	45	8	—							106	41	64	82	—	—	9	91	—	—	106	41	536	55	5	—	2	56	12	2		
Bernburg	3.	8	80	2860	429	—	144	10	80	19	30							519	41	317	82	3	68	112	37	—	—	519	41	2904	207	10	—	14	65	4	10		
Bundmühl	3.	4	—	148	22	20	—	—	—	—	—							27	50	20	10	—	—	7	40	—	—	27	50	148	19	—	—	7	25	7	4		
Beetitz	3.	36	—	1450	217	50	—	—	—	—	—							264	30	191	97	—	—	—	—	—	—	264	30	1558	173	—	—	7	25	7	4		
Calbe a. S.	3.	24	80	2903	435	45	121	9	7	22	60							85	48	577	40	—	—	148	17	—	—	577	40	3023	—	—	—	14	81	4	8		
Cassel	3.	4	20	924	138	60	169	12	68	3	40							160	68	95	66	14	—	51	2	—	—	160	68	1111	110	50	—	5	10	1	4		
Celle	1-2.	—	80	514	81	60	176	13	20	—	—							145	85	—	—	—	—	—	—	—	—	145	85	730	25	—	—	3	17	1	4		
Coswig	3.	3	40	198	29	70	—	—	—	—	—							38	—	18	50	—	—	11	60	—	—	38	—	198	35	—	—	1	19	15	7		
Edslein	3.	11	80	3759	563	65	148	11	10	27	50							68	83	678	8	—	—	120	48	—	—	678	8	3907	277	14	—	7	98	7	7		
Charlottenburg	3.	6	40	1591	238	65	10	—	—	—	—							253	70	173	90	—	—	79	80	—	—	253	70	1601	150	—	—	7	72	15	4		
Zeimhauert	2.	2	40	810	121	50	650	48	75	—	—							191	75	99	—	—	—	64	44	—	—	181	75	1558	—	—	—	26	67	14	15		
Deiffau	3.	24	40	5163	774	45	342	25	65	39	30							1238	42	699	95	5	7	266	70	—	—	1238	42	5595	600	33	—	2	32	14	7		
Dödenhuden	3.	—	60	465	69	75	—	—	—	—	—							70	35	47	15	—	—	23	20	—	—	70	35	465	47	—	—	2	32	14	7		
Danzig	3.	4	—	195	29	25	46	3	45	1	10							37	80	26	65	—	—	1	15	—	—	37	80	241	24	3	—	1	9	6	47		
Dresden	3.	8	20	1282	192	30	30	2	25	13	10							215	85	146	52	4	50	64	33	—	—	215	85	1312	—	—	—	6	47	6	3		
Egein	3.	—	—	437	65	55	—	—	—	—	—							71	25	42	65	—	—	28	—	—	—	71	25	473	46	—	—	—	—	—	—	3	
Eilb. d.	3.	3	60	1223	183	45	116	8	70	5	10							200	85	136	80	—	—	50	40	—	—	200	85	1339	110	12	—	1	85	14	6		
Eilenburg	3.	1	20	355	53	25	30	2	25	3	20							69	90	50	40	1	—	18	50	—	—	69	90	385	33	—	—	1	85	14	5		
Eimsbüttel	3.	2	40	1149	172	35	74	5	55	8	20							188	50	129	20	—	—	188	50	—	—	188	50	1223	89	5	—	5	93	14	5		
Eisenberg	3.	—	40	178	26	70	90	2	25	—	—							29	35	18	74	—	—	9	65	—	—	29	35	208	13	1	—	12	36	15	4		
Elnshorn	3.	8	80	2403	360	45	138	10	35	17	40							26	11	422	61	293	15	6	36	107	60	—	—	422	61	2541	196	9	—	3	43	11	
Eßlingen	3.	5	40	587	88	5	—	—	—	—	—							101	55	74	—	—	—	3	70	—	—	101	55	587	53	—	—	3	77	16	12		
Eutin	3.	2	—	754	113	10	—	—	—	—	—							115	10	74	56	2	84	37	70	—	—	115	10	754	63	—	—	3	77	16	12		
Erbenheim	3.	3	60	189	27	45	19	1	43	1	50							33	98																				

Einnahme.

Ausgabe.

Main financial table with columns for location, quarter, income, and expenses. Includes a summary row at the bottom.

Folgende Zahlstellen sandten noch 10 Pf.- und 5 Pf.-Beiträge ein und sind dieselben in der Hauptsumme mit enthalten: Altenglan 11 10 Pf.-Beitr. = 1,10 Mt.; Altona-Ottensen 6 10 Pf.-Beitr. = 0,60 Mt.; Bergedorf 69 10 Pf.-Beitr. = 6,90 Mt.; ...

Bilanz der vorstehenden Abrechnung.

Table showing the balance of the previous account, including total income and various expenses.

Table showing the balance of the current account, including total income, expenses, and the balance of the fund.

enthalten, wenn sie zur Aufnahme gelangen sollen. Da eine Versammlung eröffnet, vom Bevollmächtigten geleitet wird, daß darin Beiträge erhoben und Annahmen vollzogen werden, daß sich jeder Kollege denken, darüber Berichte zu schreiben, ist Zeitverschwendung. Die Redaktion.

Der Verbandsgenosse Jul. Hermann, St.-Bezirke bei Heimstedt, quittirt an dieser Stelle dankend über 7,55 Mt., das Resultat einer unter Mitgliedern vorgenommenen Sammlung.

Zuferte. Zahlstelle Flensburg. Wir machen die Kollegen darauf aufmerksam, daß unsere nächste Mitglieder-Versammlung im 'Volkshaus' wegen des Weihnachtsfestes nicht abgehalten wird. [75 Pf.]

Zahlstelle Aschersleben. Am 2. Weihnachtstag, Abends 7 1/2 Uhr, in Schröder's Lokal: I. Stiftungsfest, bestehend in Konzert, Theater und Ball. Hierzu ladet freundlichst ein [1,35 Mt.] Der Vorstand.

Zahlstelle Kolberg. Am Sonntag, den 30. Dezember, Abends 8 Uhr, findet im alten Gesellschaftshaus unser Winter-Vergnügen, verbunden mit Theater, Gesangsvorträgen, lebenden Bildern und Ball, statt, wozu wir sämtliche Kollegen mit Familie herzlich einladen. Das Komitee.

Table showing the total expenditure, including various administrative costs and contributions.

Bilanz: Gesamteinnahme 96 694,23 Mt. Gesamtausgabe 41 402,44 Mt. ...

Die Lage der deutschen Industrie

(Hilbert die „Soziale Korrespondenz“ in interessanter Weise, indem sie darauf hinweist, daß die Flottenpläne besonders der Eisenindustrie auf längere Zeit eine günstige Geschäftszeit, die noch eine Steigerung erfahren dürfte, in Aussicht stellen. Dabei wird darauf hingewiesen, daß die Vermehrung der deutschen Kriegsmarine auch das Ausland in gleicher Richtung anspornen muß und vor den Aufträgen des Auslandes wieder einige nach Deutschland gehen. Man sieht, wie stark unsere Geschäftspatrioten an dem Flottenplane interessiert sind, denn ihr Geschäft ist ein zweifaches, nicht nur das Inland, sondern auch das Ausland bringt ihm den Gewinn ein, den sie wohlberühmte geschäftspolitisch zu fördern wissen.

Für den Geschäftsgang in der Maschinenindustrie ist es besonders kennzeichnend, daß die Aufträge so zahlreich sind, daß Aufträge wegen Arbeitsüberhäufung an amerikanische Fabriken vergeben wurden. Allein die preussischen Staatsbahnen haben in diesem Monat 580 Lokomotiven im Werth von 32 Millionen Mark und 800 Güterwagen in Auftrag gegeben, weitere 800 Lokomotiven sollen im nächsten Staatshaushalt vorsehen werden. In Sachsen werden 17 Millionen für Neuanschaffungen von Lokomotiven und Wagen gefordert und außerdem vom gegenwärtigen Landtage weitere 51 Millionen für Bahnbauten verlangt. Damit sind die Eisenbahnforderungen an den sächsischen Staatshaushalt jedoch noch nicht erschöpft. Als ein Bild des Umfangs großer deutscher Maschinenbau-Anstalten sei erwähnt, daß ein Chemnitzer Unternehmen am Ende dieses Monats für etwa 18 Millionen Mark Aufträge hatte.

Die Arbeitskräfte in diesem Industriezweige werden bis aufs äußerste angespannt. Die „Soziale Korrespondenz“ sagt darüber Folgendes:

„Überall giebt es in den mit der Eisenindustrie zusammenhängenden Erwerbszweigen noch Ueberarbeit, trotz der Vermehrung der Arbeiter und der erheblichen Betriebserweiterungen. Auch in den Kohlenbergwerken sind Ueberarbeiten die Regel. Wie die Kohlenwerke von der Industrie beeinflusst werden, wird durch die Thatsache gekennzeichnet, daß am 10. November allein von den Zechen und Kokerien des Ruhrbezirks 18 054 Doppelwagen mit 3 210 800 Zentnern beladen mit der Eisenbahn versandt wurden. Es war das die höchste Ziffer, die dort jemals erreicht ist. Von den Werken des rheinisch-westfälischen Kohlenindustrials wurden im September täglich im Durchschnitt 160 436 Tonnen Kohlen, Coals und Bricketts verkauft und mit 14 615 Doppelwagen dem industriellen und hauswirthschaftlichen Gebrauch zugeführt. Von den oberschlesischen Gruben wurden in letzter Zeit im Durchschnitt täglich etwa 6000 Doppelwagen zum Versand gebracht. Auch den Bergwerken fehle es an Arbeitern. Die günstige Zeit bewegt in Oberschlesien zahlreiche Bergleute, an die Verbesserung ihrer Lage zu denken. Sie streiken nicht, sondern siedeln nach anderen Bergbaubezirken über, wo ihnen günstigere Verhältnisse winken. Die abwandernden Bergleute klagen namentlich über die schlechten Wohnungsverhältnisse. Es ist zu erwarten, daß die oberschlesischen Grubenverwaltungen hieraus eine Lehre ziehen und einen bescheidenen Theil der hohen Geschäftsgewinne zur gründlichen Verbesserung der Wohnungsverhältnisse ihrer Arbeiter verwenden werden. Die Schlesier gehen namentlich nach den rheinisch-westfälischen Grubenbezirken, die neuerdings auch zahlreiche und große Trupps österreichischer Bergleute aufgenommen haben, die dort erheblich höhere Löhne und auch im übrigen bessere Arbeitsbedingungen als in ihrer Heimath finden.“

An die sozialpolitische Einsicht der Kohlen- und Eisenbarone in Oberschlesien wird man vergeblich appelliren. Die Herren können sich wohl für ein Zuchthausgesetz und für die Beschränkung der Freizügigkeit begeistern, von ihnen Besserung der Arbeitsverhältnisse zu verlangen, ist ein Hohn. Sie haben den Arbeiter noch nie anders als wie ein willenloses Ausbeutungsobjekt betrachtet.

Daß die Lage der Elektrizitäts-Industrie eine glänzende ist, braucht kaum erwähnt zu werden und allem Anschein nach hat sich die Textilindustrie vollkommen von ihrer schweren Krise erholt, nur in einigen Zweigen dieses Gewerbes wird über schlechten Geschäftsgang geklagt. Es geschieht das besonders in dem Geraer Industriebezirk. Die Spinnereien haben sich zu einem Kartell zusammengeschlossen und einheitliche Preise festgesetzt. Mit diesem Vorgehen haben sie natürlich den Widerspruch der Weberereien hervorgerufen, die ein Interesse an dem billigen Einkauf des Rohmaterials haben und bereits die Forderung erhoben haben, den Zoll aufzuheben, um das englische Garn auf den Markt zu lassen.

Der Mangel an Rohstoffen dürfte zu ernstlichen Störungen großer Betriebe nicht führen. Die Preise der in Betracht kommenden Rohstoffe sind heute in Deutschland so hoch, daß eine stärkere Einfuhr dieser Stoffe und Halbfabrikate die Bude ausfüllen wird, sobald Betriebsstörungen aus dem angegebenen Grunde ernstlich zu erwarten sind.

Die Lage der Industrie erscheint somit noch länger als eine sehr günstige; wir wünschten, wir könnten von der Lage der Arbeiter dasselbe sagen.

Korrespondenzen.

Altona-Ottensen. In der Versammlung am 26. November hielt Genosse Sittenfeld einen Vortrag über das Invaliditäts- und Alters-Versicherungs-Gesetz. Unter Punkt 2 war die Frage zu behandeln: „Wie bringen wir die Geldsumme zur Deckung der Kosten auf, welche das Arbeitersekretariat verursacht?“ Hierzu ward ein Antrag angenommen, welcher die Mitglieder verpflichtet, alle 5 Wochen 10 Pfennig zu bezahlen. Ein weiterer Antrag ermächtigte die Bevollmächtigten, ein Zirkular an die Mitglieder zu richten, welches klarlegt, wozu diese Extraxenue verwendet wird. Ein Antrag, die Zahlstelle Altona-Ottensen zu trennen und je eine Zahlstelle für Altona und Ottensen zu errichten, ward der nächsten Versammlung zur Beschlußfassung überwiesen. Nach Erledigung lokaler Angelegenheiten trat Schluß der Versammlung ein.

Hamburg. Am 26. November tagte unsere Mitglieder-Versammlung, welche mäßig besucht war. Unter Verbandsangelegenheiten theilte der Bevollmächtigte mit, daß für die Bibliothek 9 Bände angekauft worden seien und ermahnte die Kollegen, die Bibliothek fleißig zu benutzen und die Bibliotheksordnung zu beachten. Die Hilfskassierer beklagten sich darüber, daß ihnen viele Kollegen hartnäckig aus dem Wege gingen und Wohnungsänderungen nicht anmeldeten. Ja, ein „Auch“-Kollege verweigerte es sogar beharrlich, seinen richtigen Namen zu nennen. Kollege Faber stellte es zur Ermägung anheim, ob es nicht empfehlenswerth wäre, das Einsaffiren ganz aufzuheben, der Versammlungsbesuch würde dann wohl auch ein besserer. Darauf hielt Kollege Ganselmann einen Vortrag über die Bestrebungen der verschiedenen Arbeiterorganisationen. Er führte aus, daß ja alle Statuten von Vereinigungen Bestimmungen enthalten, welche die Besserstellung der Lage der Arbeiter anstreben. Aber mit der Ausführung der Bestimmungen haperte es. Die Führer der sogenannten christlichen Organisationen hätten bei Differenzen, die andere Organisationen auszufechten hätten, ihren Mitgliedern schon oft den Rath gegeben, „arbeitswilig“ zu werden. Das Bestreben, die christlichen Arbeiter in besonderen Organisationen zu vereinigen, sei nur von dem Bestreben diktiert, die Arbeiterschaft zu trennen und sie in ihren Kämpfen zu schädigen. Redner zeigte die Leistungsfähigkeit der Organisationen auf Grund der Rechenschaftsberichte und schloß mit der Aufforderung, für den Ausbau der Organisation unermüdblich thätig zu sein.

Braunschweig. Eine öffentliche Versammlung der Fabrik-, Land-, Hilfsarbeiter und Arbeiterinnen tagte am Mittwoch Nachmittag im Hofjäger. Genosse Reinert-Hannover sprach über den „Kampf ums Dasein“. Der Redner führte in seinem interessanten Vortrage u. a. an, daß in Amerika eine Maschine für die Baumwollfabrikation gebaut sei, bei der bisher 800 000 Arbeiter Beschäftigung gefunden hätten; durch diese Maschine seien aber nur 40 000 Arbeiter nothwendig, um eben dieselbe Arbeit zu liefern. Also 760 000 Arbeiter würden brotlos auf der Straße liegen. Ebenso sei es mit den Maschinen in den Schiffsfabriken und mit den Webstühlen. Seitdem es nicht mehr auf die Kraft des Arbeiters ankomme, wäre die Frauenarbeit auch immer mehr hervorgetreten, aber nicht weil die Frauen besser, sondern weil sie billiger arbeiten. Man müsse aber dahin wirken, daß die Frauen auch soviel verdienen wie die Männer und auch dieselben Rechte hätten wie diese. Die Unternehmer beschäftigen die Frauen und Mädchen nur, um die Löhne der Männer zu brücken. Redner führte an, ein Arbeiter einer hiesigen Zunderfabrik habe ihm erzählt, daß sie dort 11 Stunden arbeiten müßten und für diese 11 Stunden einen Lohn von 1,80 Mk. erhalten, obgleich doch der ortsübliche Tagelohn in Braunschweig 2,20 Mk. betrage. Redner betonte, daß solches nur an der mangelhaften Organisation liege, denn wenn ein jeder Arbeiter seine Pflicht thue und der Organisation beitreten würde, könnte man solche Uebelstände sehr leicht bekämpfen. Redner besprach auch die Kinderarbeit. So seien z. B. in Charlottenburg von 10 990 Kindern 979 beschäftigt, davon seien 246 unter 10 Jahren. In Rixdorf seien 600, in Berlin 15 000 erwerbsthätig, davon 10 000 Knaben und 5000 Mädchen. Dort, wo das wenigste Geld verdient würde, sei auch die Sterblichkeit der Kinder eine bedeutend größere, als dort, wo die Löhne höher wären. So sterben z. B. in Magden, wo ein ortsüblicher Tagelohn von 2,10 Mk. gezahlt wird, 33 1/2 % Kinder, in Chemnitz bei 2,20 Mk. 39 %, in Braunschweig bei 2,20 Mk. 23 %, in Dresden bei 2,50 Mk. 21 %, in Hamburg und Bremen bei 3 Mk. nur 16 %, dagegen in Rixdorf 33 %, in Tempelhof sogar 45 %. Aber bei alledem würde der Lebensunterhalt der Arbeiter noch immer theurer. Redner erwähnte schließlich die Zuchtanstaltsfrage, die vom Reichstag abgelehnt wurde, und meinte, man solle sich nicht der Hoffnung hingeben, daß es die Regierung damit nun bewenden lassen werde, denn so lange wie dem Arbeiter das Koalitionsrecht verweigert wäre, wäre auch schon der Kampf dagegen geführt worden. Mit der Ermahnung, daß ein Jeder, der noch nicht organisiert sei, doch ja das Versteck nachholen und sich in den Verband aufnehmen lassen solle, schloß Redner seine ca. 2 stündige Rede unter großem Beifall. Bei Punkt 2 der Tagesordnung, „Organisation“, gab Genosse Fr. Oehlendorf kund, daß der Verband die Aufgabe habe, statistische Aufnahmen zu machen, bessere Löhne zu erzielen und das gesellige Leben unter den Arbeitern zu fördern. Ferner machte Redner bekannt, was ein Mitglied für Rechte und Pflichten im Verbands hätte. — In der nunmehr stattfindenden Pause von 10 Minuten wurden 103 neue Mitglieder aufgenommen. Dann besprach noch Genosse Regener die Stellung der Tactischen Schutzvereine — Kohli zum Koalitionsrecht ihrer Arbeiter, worauf folgende Resolution einstimmig angenommen wurde: „Die Besucher der heutigen Versammlung der Fabrik-, Land-, Hilfsarbeiter und Arbeiterinnen erklären einstimmig, nicht eher bei der Firma Tact u. Co. zu kaufen, bis die Firma ihren Arbeitern volle Koalitionsfreiheit zusichert, deren politischer Theilung nichts in den Weg legt, und mit ihrem Zwangsverein auferäumt hat.“ Mit einem dreifachen Hoch auf die Organisation wurde die von ca. 8 bis 900 Personen besuchte Versammlung geschlossen.

Cutin. Die Abrechnung vom 3. Quartal wurde in der am 11. November tagenden Versammlung vorgelegt, und nachdem man sich überzeugt, daß die Einnahme 115 Mk. 10 Pf. betrage, wurde dem zweiten Bevollmächtigten Entlastung erteilt. Als provisorischer Hilfskassierer wurde Kollege E. Vogt gewählt. Als Kartell-Delegirte wurden die Kollegen A. Schuren und J. Müller gewählt.

Galle a. d. Saale. In der Versammlung am 11. November erstattete zum 1. Punkt der Tagesordnung die Vergnügungskommission Bericht über die Weihnachtstheater. Danach sind schon alle Lokale besetzt. Ferner theilte die Kommission mit, jedes Familien-Oberhaupt sollte die Zahl seiner Kinder aufschreiben und den Zettel dem Bezirkskassierer übergeben. Zur näheren Aufklärung theilte der Bevollmächtigte mit, daß wir zum Weihnachtstheater ein Lokal bekommen könnten. Nach längerer Diskussion ging ein Antrag ein, kein Langvergnügen stattfinden zu lassen, sondern nur den Kindern eine Bescherung zu bereiten. Punkt 2. Unter Verschiedenem wurde ein Kollege beschuldigt,

daß er auf seiner Arbeitsstelle seine Kollegen übervorteile und sich nicht so betrage, wie es einem organisierten Arbeiter zukomme, wogegen der Beschuldigte energisch Protest erhob. Nach längerer, theilweise erregter Debatte wurde eine Kommission von 6 Mann gewählt, die die Angelegenheit untersuchen soll. Darauf machte sich noch die Neuwahl von einem Bezirkskassierer nothwendig und zwar für Börmlich und Böllberg. — Am 23. Nov. tagte in Jahns Gast- und Logirhaus unsere Mitglieder-Versammlung. Vor Eintritt in die Tagesordnung widmete der 1. Bevollmächtigte dem verstorbenen Kollegen Schulze einen warm empfundenen Nachruf. Zu Ehren des verstorbenen Kollegen erhoben sich die Versammelten von ihren Plätzen. Zum 1. Punkt theilte die Vergnügungskommission mit, daß sie in einer Sitzung beschloßen hat, eine Bescherung mit Vergnügen abzugeben; die Versammlung war jedoch anderer Ansicht und brachte einen Antrag ein, von der Bescherung und Vergnügen gänzlich abzusehen. Der Antrag wurde mit Majorität angenommen, hiermit war der schon so viel besprochene Punkt gänzlich erledigt. Der 2. Punkt wurde auf Antrag von der Tagesordnung abgesetzt, weil die 6 gliedrige Kommission nicht in der Lage war, Bericht über die Sache zu erstatten. Im 3. Punkt wurde zuerst das Begräbnißwesen geregelt, indem ein Antrag angenommen wurde, der die Angehörigen eines verstorbenen Mitgliedes ersucht, sich sofort beim 1. Bevollmächtigten zu melden, und dieser verpflichtet ist, die ganze Angelegenheit so schnell wie möglich zu ordnen. Ferner ging ein Antrag ein, den verstorbenen Kollegen eine Todesanzeige, sondern einen Nachruf in der Zeitung zu widmen, worin gleich der Sammelpunkt angegeben werden soll. Der Kaufasse wurden 50 Mk. überwiesen.

Hamburg. Am 19. November tagte unsere Mitglieder-Versammlung bei S. Horn, Hohe Bleichen. Vor Eintritt in die Tagesordnung wurde das Andenken des am 21. Oktober verstorbenen Kollegen Heinrich August durch Erheben von den Sigen geehrt. Alsdann referirte Genosse Reimüller über den Streit der Lederarbeiter in Wülster und gab bekannt, daß der Streit zu Ungunsten der Arbeiter beendet ist. Zum Schluß seiner mit Beifall aufgenommenen Rede bittet er die Anwesenden, die noch ausgesparten materiell zu unterstützen. Es wurde auf Antrag des Kollegen Johann beschloßen, den Lederarbeitern 50 Mk. zu bewilligen. Alsdann gab Kollege Wrens den Bericht von der am 22. Oktober 1899 zu Elmshorn abgehaltenen Gaukonferenz und machte bekannt, daß die nächste in Jechoe tagen wird. Den Kartellbericht erstattete Kollege Waack. Kollege Kahl wünschte, da im nächsten Jahre höchstwahrscheinlich die Umabstimmung über die Errichtung eines Arbeitersekretariats in den Gewerkschaften vorgenommen wird, diese Angelegenheit auf die Tagesordnung der nächsten Versammlung zu legen. Diesem wurde zugestimmt. Der nächste Vortrag führte noch an, daß von den Bevollmächtigten der Zahlstellen Hamburg beschloßen worden ist, im nächsten Jahre das zehnjährige Stiftungsfest zu feiern. Er sei von dem Vorsitzenden der kombinierten Vorstandssitzung beauftragt, in dieser Versammlung eine Abstimmung hierüber herbeizuführen, und bitte nur die Anwesenden, sich hierüber auszusprechen. Dem Beschlusse der kombinierten Vorstandssitzung wurde zugestimmt. Zum Schluß machte Wrens noch bekannt, daß die Broschüre: „Die Hamburger Gewerkschaften und deren Kämpfe vom Jahre 1865 bis 1890“ herausgegeben ist. Im Buchhandel koste dieselbe 3 Mk., während sie beim 1. Bevollmächtigten für 50 Pf. zu haben sei; da auf unsere Zahlstelle laut Kartellbeschlusse 76 Exemplare entfallen, bittet er die Mitglieder, sich rege an dem Kauf dieses Werkes zu betheiligen.

Stettin. Freitag, den 25. November, hielt die hiesige Zahlstelle ihre regelmäßige Mitglieder-Versammlung ab. Zuerst erfolgte die Abrechnung vom Stiftungsfest, welche eine Einnahme von 110 Mk. 35 Pf. und eine Ausgabe von 67 Mk. 75 Pf. aufweist. Auf Antrag des Kollegen Lehmann wird beschloßen, ein Weihnachtsgesammlen zu veranstalten. Vom Kollegen Kaiser, der auf der Bänderischen Dalmühle beschäftigt gewesen ist, wird mitgetheilt, daß seine Entlassung erfolgte, weil er beim Transport einer Presse, deren Gewicht 110 Zentner war, nicht mit Hand angelegt hat, weil ihm die Sicherheitsmaßregeln ungenügend erschienen. Außerdem wurde er bei derselben Gelegenheit vom Obermüller H. Nowolb mit allerhand Rosennamen belegt. Wie dann noch nach dem Wortlaute eines Briefes mitgetheilt wurde, ist in Jagnil einem Arbeiter einer Ziegelei ein Vertrag vorgelegt worden, der den Arbeiter verpflichtet, im Falle eines Streikes sowohl die Wohnung sofort zu räumen, als auch die Aukniefung des Nachbaders, gleichviel ob bestellt oder nicht bestellt, aufzugeben. Leider hat der Arbeiter den Vertrag unterschrieben.

Striegan. Eine Mitglieder-Versammlung tagte am 24. November in der Bierquelle Graeber, dieselbe war gut besucht. Zum 1. Punkt wurde die Abrechnung vom Vertrauensmann vorgelesen und für richtig anerkannt. Den 2. Punkt behandelte Genosse Seingel in einem beifällig aufgenommenen Vortrag, in welchem er den Anwesenden kurz die Bedeutung einer kurzen Arbeitszeit vor Augen führte. Nach kurzer Diskussion wurde beschloßen, für den 10. Sountag Propaganda zu machen und zum kommenden Frühjahr denselben zu fordern, namentlich für die Strumpffabrik, weil in derselben hauptsächlich Frauen beschäftigt werden. Den 3. Punkt „Bericht vom Kartell und dem Arbeitersekretariat“ behandelte ebenfalls Genosse Seingel. Es wurde zu weit führen, alle Einzelheiten dieses interessanten Berichtes wiederzugeben, erwähnt sei nur, daß dem Kartell 1000 Mitglieder angehören und gegen 700 Mk. Unterstützung für verschiedene auswärtige Streiks geleistet worden sind, gleichfalls wurde die Auskunftsstelle aus eigenen Mitteln eingerichtet, dieselbe wird ehrenamtlich verwaltet. Im Berichtsjahre sind 200 Rechtsfälle erledigt, davon 67 mündlich, 133 schriftlich. Schriftsätze, wie Klagen, Gesuche, Beschwwerden wurden 147 angefertigt. Zum 4. Punkt wurde beschloßen, allmonatlich die Versammlungen stattfinden zu lassen und zwar jeden Donnerstag nach dem 1. des Monats, Abends 8 Uhr in der Bierquelle. Im Berichtsjahre wurden verschiedene Mißstände besprochen, namentlich klagten die Arbeiterinnen der Strumpffabrik darüber, daß die Preise der Nadeln immer noch hoch bemessen sind, auch werden die abgenutzten Nadeln entgegen der Fabrikordnung bezahlt verlangt. Die im vorigen Jahre für diese Fabrik eingerichtete Betriebskrankenkasse bietet den Versicherten bei höherer Beitragsleistung weniger, als früher die städtische Kasse geboten hat. Als Deliquente zum Kartell wurden die Kolleginnen Frau Kunze und Frau Lange gewählt. Nachdem noch einige Rechtsfragen vom Vertrauensmann beantwortet waren, wurde die von gutem Geiste besetzte Versammlung geschlossen.

Wilhelmsburg-Georgswerder. Sonntag, den 26. Nov., tagte hier eine öffentliche Versammlung, in der Genosse Reimüller aus Hamburg über das Thema „Der Kampf der Arbeiter um ihr Recht“ referirte. Gestützt auf Beispiele führte Redner den Nachweis, daß es den Organisationen bereits gelungen sei, verschiedene Mißstände abzuwehren, und daß es für die Arbeiter geradezu eine Pflicht sei, sich der Organisation anzuschließen. In einer eingetretenen Pause ließen sich drei Personen aufnehmen. Der Erfolg war deshalb kein größerer, weil erst vor kurzer Zeit eine Versammlung abgehalten worden ist. Nach einer kurzen Debatte rüttelte der Referent in seinem Schlußwort die Anwesenden noch einmal auf. Mit einem Hoch auf die Arbeiterbewegung wurde dann die Versammlung geschlossen.

